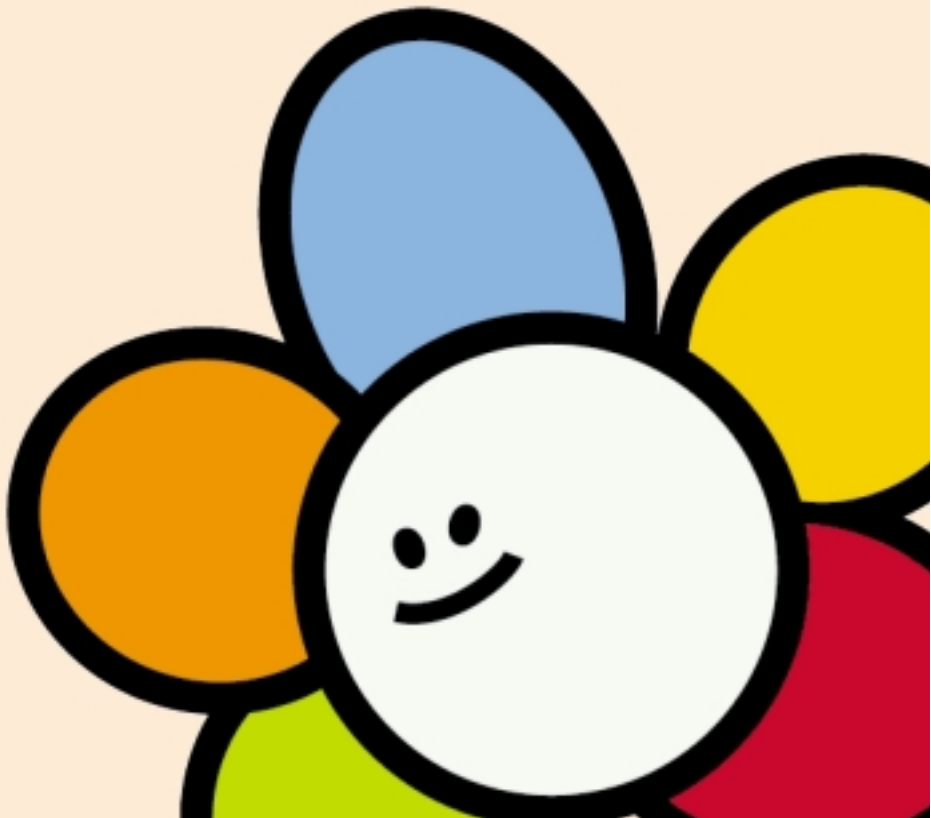


BÜNDNIS **für** FAMILIE

Hrsg.

»Beim Wort genommen«

Parteien
zur
Wahl



LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FAMILIEN,



Ingrid Mielenz
berufsmäßige Stadträtin
für Jugend, Familie und Soziales

Am 3. März 2002 finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Mit der Wahl des neuen Nürnberger Stadtrats erfolgt auch eine Entscheidung für die kommunale Familienpolitik der nächsten sechs Jahre in unserer Stadt. In den vergangenen Wochen haben sich viele in Vereinen, Verbänden und Initiativen engagierte Bürgerinnen und Bürger an uns mit der Bitte gewandt, das Bündnis für Familie möge im Vorfeld der Wahlen eine Plattform bereit stellen, um die familienpolitischen Vorstellungen der im Stadtrat und Bundestag vertretenen Parteien kennen zu lernen. Wir kommen diesem Wunsch, im Rahmen unseres Auftrags, Familie stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, gerne nach. Deshalb haben wir die Parteien um kurze Statements zu wichtigen kommunalpolitischen Fragen rund um die Familie für diese Broschüre gebeten. Es geht uns darum, Familien und in diesem Handlungsfeld engagierten Bürgerinnen und Bürgern komprimiert Informationen zu familienpolitischen Visionen und Vorstellungen der einzelnen Parteien zu geben.

Über alle Parteigrenzen hinweg hat der Nürnberger Stadtrat im Juni 2000 einstimmig beschlossen, ein breites gesellschaftspolitisches Bündnis für Familie auf den Weg zu bringen. Damit wurde erstmals die Situation von Familien in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns gerückt.

Nürnberg soll noch attraktiver für Familien werden, weil die Zukunft unserer Stadt vor allem auch davon abhängt, dass sich Familien in Nürnberg wohl fühlen und dass sie die erforderlichen sozialen Infrastrukturleistungen vorfinden. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und wenn es notwendig ist, müssen Familien Hilfe, Unterstützung und Beratung bekommen. Mit dem Bündnis für Familie soll Lust auf Familie gefördert, die Angebote für Familien verbessert und ein familienfreundlicheres Bewusstsein geschaffen werden.

Für die Umsetzung dieser Ziele bedarf es einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft, der gesellschaftlichen Institutionen und nicht zuletzt aller im Stadtrat vertretenen Parteien, die dieses Bündnis auf den Weg gebracht haben.

Ich bin mir sicher, dass Sie mit Ihrem Votum dazu beitragen können, Nürnberg noch lebenswerter für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu machen.

Ingrid Mielenz

REFERAT FÜR JUGEND, FAMILIE UND SOZIALES UND BÜNDNIS FÜR FAMILIE IM INTERNET

Als Schnittstelle zwischen Familien, Vereinen, karitativen Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe fungiert das Sozialreferat der Stadt Nürnberg. Die Infoseiten, die Sozialreferentin Ingrid Mielenz ins Internet einstellt, erleichtern die Kontaktaufnahme, stellen das Spektrum sozialer Arbeit in Nürnberg vor und liefern einen Baustein zur Vernetzung von Ehrenamtlichen, Fachleuten und Bürgern. Mehr unter

www.soziales.nuernberg.de

Wenn Sie sich über das Nürnberger Bündnis für Familie informieren möchten, dann besuchen Sie die Homepage:

www.bff-nbg.de

Die aktuellsten Informationen erhalten Sie über einen Newsletter, der dort abonniert werden kann.



»BEIM WORT GENOMMEN« KOMMUNALPOLITISCHE FRAGEN RUND UM DIE FAMILIE

THEMEN

THEMA: LEBENSRAUM STADT

Im Zeitraum 1992 bis 1999 sind aus Nürnberg rund 20 000 Personen mehr in das Umland hinausgezogen, als von dort nach Nürnberg zugezogen sind. Das Amt für Stadtforschung und Statistik hat in seinem Monatsbericht März 2001 festgestellt, dass die Zahl der an Hauptverkehrsstraßen wohnenden Deutschen in den letzten zehn Jahren um 9 Prozent abgenommen hat und bezieht dies in erster Linie auf die Umweltbelastung. Dieser und weitere Faktoren tragen zum Bevölkerungsabfluss ins Umland bei. Der Wanderungsverlust gegenüber dem Umland (Gemeinden der Industrieregion Mittelfranken und des Verdichtungsraumes Nürnberg/Fürth/Erlangen) wurde vor allem von der Gruppe der unter 10-Jährigen sowie der 25- bis 35-Jährigen, d. h. den Familien mit Kindern, verursacht.

Frage: Welche Visionen haben Sie, Nürnberg attraktiver und lebenswerter für Familien zu gestalten?

THEMA: TEILHABE

Bei einer Haushaltsbefragung der Stadt Dortmund geben zirka zwei Drittel der nicht erwerbstätigen Mütter an, dass das Fehlen von Einrichtungen zur Förderung und Betreuung bzw. deren nicht bedarfsgerechte Angebotsstruktur (z. B. Öffnungszeiten, Ferienzeiten, Brückentage etc.), die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zulässt und eine Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit bzw. einen Wiedereinstieg verhindert.

Aufgrund der »strukturellen Rücksichtslosigkeit« gegenüber Familien (5. Familienbericht der Bundesregierung) bleiben nicht nur (in der Regel) Frauen von beruflicher Teilhabe ausgeschlossen, sondern können sich Familien insgesamt nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Auch in Nürnberg gibt es einen deutlichen Fehlbedarf an Angeboten für unter Dreijährige und Schulkinder und es sind immer wieder Klagen über die Angebotsstruktur zu hören.

Frage: Welche Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur für Familien stehen auf Ihrer gesellschaftspolitischen Agenda? Welche kommunalpolitischen Spielräume sehen Sie dafür in den nächsten sechs Jahren und wie kann die Umsetzung einer familiengerechten Schule gelingen?

THEMA: NACHHALTIGKEIT

Leben wir auf Kosten der nachwachsenden Generationen? Diese Frage wird nicht nur im Bereich der Umweltpolitik gestellt, sondern gewinnt auch an Bedeutung in der Haushalts- und Finanzpolitik. Bei der steigenden Verschuldung des städtischen Haushalts, die inzwischen bei 1,462 Milliarden Mark (748 Millionen Euro) liegt, zeichnet sich ab, dass auch noch kommende Generationen in Nürnberg an dieser Last tragen und wenig finanziellen Spielraum für die Umsetzung eigener Visionen haben werden.

Frage: Was bedeutet für Sie in diesem Zusammenhang Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auf kommunaler Ebene? Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie dieser dramatischen Haushaltentwicklung entgegenzusteuern und wie lösen Sie den Spagat, unbestritten notwendige Ausgaben für Erziehung und Bildung heute, ohne zusätzliche Belastungen der nachwachsenden Generationen durch Neuverschuldungen sicherzustellen?

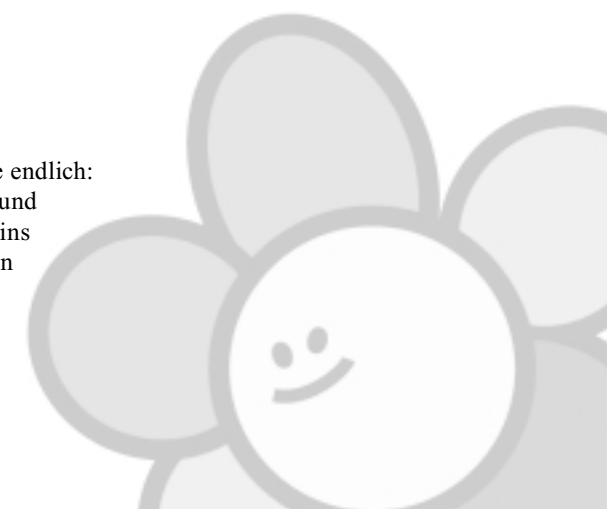
BROSCHÜRE AUFTAKT

Eine Festschrift, mit allen Vorträgen anlässlich der Auftaktveranstaltung des Bündnisses für Familie am 23. Juli und der Jugendhilfeausschuss-Vorlage mit dem Umsetzungskonzept ist für 7,50 € (zuzüglich Versandkosten) beim Bündnis für Familie und im Buchhandel erhältlich:

Auftakt, Hrsg. Bündnis für Familie,
emwe-Verlag - Nürnberg;
ISBN 3-932376-23-4.

PINS

Das Bündnis für Familie hat sie endlich: die Pins für alle Fans, Freunde und Sammler. Bis jetzt gibt es die Pins für 1 € pro Stück exklusiv nur in der Spitalgasse – weitere Verkaufsstellen sollen folgen. Der Erlös soll natürlich für die Projektarbeit des Bündnisses für Familie verwendet werden.



CSU-STADTRATSFRAKTION



Dr. Klemens Gsell,
Fraktionsvorsitzender

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Zur Analyse: In Nürnberg ist bereits die Trendwende geschafft. Sind bis 1998 noch monatlich zirka 300 Personen per Saldo ins Umland weggezogen, darunter vor allen Dingen Familien mit Kindern, so hat sich diese Zahl jetzt auf ein Zehntel reduziert. Wichtigste Maßnahme dafür war, bei der Stadtplanung die Wohnform für Familien verstärkt zu berücksichtigen. Deshalb sind auch von uns im Flächennutzungsplan und in den Bebauungsplänen zahlreiche Gebiete für die familiengerechten Ein- und Zweifamilienhäuser bzw. die sogenannten »Stadtvillen« entstanden. Auch bei den neuen Geschosswohnungsquartieren, z. B. am Leonhardspark, sind die Belange der Familien sehr stark berücksichtigt.

Aufgrund eines Antrags der CSU-Fraktion zur Gestaltung des Bündnisses für Familie hat die Verwaltung auch den Auftrag, bei der Stadtplanung eine Familienverträglichkeitsprüfung einzuführen. Dabei sind alle wichtigen Vorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Familien zu berücksichtigen.

Wichtig ist auch, dass attraktiver, bezahlbarer Wohnraum in Nürnberg erhalten bleibt. Hier sind zahlreiche Modellversuche, u. a. mit der Wohnungsbaugesellschaft, gestartet und werden von uns noch intensiviert.

Auf Anregung der CSU-Fraktion wurden auch in den letzten Jahren Schwerpunktprogramme zur Sanierung der Kinderspielplätze eingeführt. Die Aktion »Aus 1 mach 3« mobilisiert dazu, privates Geld zur Sanierung und Neuerrichtung von Spielplätzen einzusetzen.

Auch bei der Nutzung der traditionellen Wohnviertel wollen wir familiengerechte Maßnahmen in den Vordergrund stellen. So ist bei der Südstadt-Sanierung der erste Schritt die Errichtung von Grünanlagen mit entsprechenden Spielmöglichkeiten für Kinder. Auch beim Altstadtkonzept wurde auf unsere Anregung hin eine entsprechende Zielsetzung für Kinder eingefügt.

Auch bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel haben wir angeregt, eine sogenannte »Family-Card« einzuführen. Dies ist in die Verhandlungen mit den Partnern beim VGN im Augenblick eingebracht.

Abgerundet wird das ganze Konzept durch sportliche und kulturelle Veranstaltungen. Diese erhöhen die Attraktivität auch für Familien in Nürnberg.

Kurzum, die Trendwende ist geschafft und muss stabilisiert werden. Abwanderung ins Umland belastet lediglich die Umwelt.

Frage 2 – Teilhabe

Insgesamt verfügt Nürnberg über ein vielfältiges und dichtgeknüpftes Netz an Kinder- und Jugendlichen-Einrichtungen.

Während im Kindergartenbereich praktisch eine Vollversorgung erreicht ist, muss das Defizit an Betreuungsangeboten für unter Dreijährige und Schulkinder schnell abgebaut werden. Die Großoffensive des Landes ebnet der Stadt Spielräume, um die Betreuungsangebote dieser Altersgruppen bedarfsgerecht zu erweitern. Wo der Bedarf es erfordert, werden auch Ganztagschulen eingerichtet. Eine stärkere Kooperation von Jugendhilfe und Schule ist umzusetzen. Familienbildung und Familienberatung sind weiter auszubauen und qualitativ zu verbessern.

Besonderes Augenmerk muss der Verbesserung zwischen den Familienmitgliedern und zwischen den Generationen gelten (Angebote für Partnerschafts- und Erziehungskompetenzen verstärken). Die Familie muss viel mehr als bisher als Partner betrachtet werden, mit dem echter Dialog zu pflegen ist.

Ziel: Mitgestaltung, Autonomie und Eigenverantwortung von Familien sind zu stärken.



Hermann Imhof, Stadtrat

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Investitionen für Kinder und Jugendliche müssen bei der Festlegung von Prioritäten ganz oben stehen, da sie zukunftsorientiert und nachhaltig sind.

Konsequentes Sparen und Entschulden sind notwendig. Vorhandene Ressourcen sind gezielter zu nutzen bzw. neue zu erschließen. Mehr als bisher ist die Förderung von Selbstorganisation, Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe etc. zu entwickeln.

Der Erfolg der Aktion »Aus 1 mach 3«, durch die zahlreiche neue Spielflächen entstanden sind, zeigt, welches Potential bürgerschaftlichen Engagements vorhanden ist.

Große Reserven liegen bei der älteren Generation mit ihren Erfahrungen und Fähigkeiten, die es zu nutzen gilt.

Freie Träger, Kirchen u. a. verfügen über räumliche und personelle Kapazitäten. Die Stadt muss mit diesen verstärkt Kooperationen eingehen. Zur Effizienz und Kostenersparnis sind Beratungs- und Hilfeangebote zu modernisieren und zu vernetzen. Präventiven Maßnahmen ist Vorrang einzuräumen, anstatt später mit hohem Aufwand Probleme zu kurieren. Über das Bündnis für Familie ist eine gute Chance gegeben, Sponsoren zu gewinnen (z. B. die Wirtschaft).

Dr. Klemens Gsell
Fraktionsvorsitzender

Hermann Imhof
Stadtrat

SPD-STADTRATSFRAKTION

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Unsere Vorstellungen oder auch Visionen für die nächsten sechs Jahre haben wir unter den Leitsatz »Initiativen für Nürnberg - gemeinsam für eine solidarische Stadtgesellschaft« zusammengefasst (zu beziehen über Tel.: 2 31-29 06). Wir wissen, nirgendwo sonst kommt Politik den Menschen so nahe wie in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine lebendige lokale Demokratie mit aktiver Bürgerbeteiligung, eine Stadtpolitik im Dialog, um gemeinsam die Zukunft zu bestimmen.

Wir wollen

- eine Stadt, in der Kinder, Jugendliche, ihre Eltern und ältere Menschen stärker am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und mitwirken können,
- eine Stadt, die allen Familienangehörigen, ob jung oder alt, wohl fühlen können und Lebensqualität bietet, mit ausreichenden Wohn- und Spielräumen, mit Parks und Plätzen, die zum Verweilen einladen und auch das Einkaufen um die Ecke ermöglichen.
- eine Stadt, in der die Bedürfnisse von Kinder nach Bewegung und etwas mehr Lautstärke ebenso toleriert werden wie Rücksicht auf schwächere Familienangehörige, Kranke, Behinderte oder Ältere genommen wird,
- eine Stadt, die sich wirtschaftlich weiterentwickelt und Rahmenbedingungen so schafft, dass alle Familien ihre Existenz sichern können, die genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze hat, die aber auch den wirtschaftlich Schwachen gezielte Hilfen anbietet,
- eine Stadt, mit einem vielfältigen und pluralen Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen, für Familien und für Seniorinnen und Senioren,
- eine Stadt, in der sich viele Menschen ehrenamtlich engagieren, für Andere oder Angelegenheiten im Allgemeininteresse und eine
- Stadt für alle, die zu einer »solidarischen Stadtgesellschaft« gehören, unabhängig von Herkunft und Nationalität, eben alle Menschen, die in Nürnberg leben.

Frage 2 – Teilhabe

Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass die kommunalen Handlungsspielräume begrenzt und endlich sind. Die Herausforderung ist es, diese vorhandenen Möglichkeiten durch Kreativität und ein zukunftsweisendes Verwaltungsmanagement optimal auszunutzen. Was wir brauchen ist vor allem ein verändertes Bewusstsein gegenüber Kindern- und Jugendlichen, ihren Familien, aber auch gegenüber älteren Menschen, die all zu schnell ausgegrenzt werden. Das Bündnis für Familie bietet hierfür eine gute Chance, in diesem Sinne zu wirken.

An erster Stelle brauchen wir in der Arbeitswelt Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch tatsächlich ermöglichen, die Rücksicht nehmen ohne Karrierechancen zu vermindern und zwar für beide Elternteile, für Mann und Frau.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, bedarf es aber gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, der Schaffung von Räumen für Kinder in der Stadt, eines Betreuungs- und Förderungsangebots nach Maß für Kinder aller Altersstufen und - soweit von kommunaler Seite beeinflussbar - einer Schule, die auf Chancengleichheit durch verbesserte Durchlässigkeit setzt. Im Einzelnen:

- Stufenweiser Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige (derzeit unter 4 Prozent, geschätzter Bedarf bei über 30 Prozent der Altersgruppe);
- Familiengerechtere Gestaltung der Öffnungs- und Schließzeiten der Kindertagesstätten, insbesondere an Brückentagen, Ferienzeiten und Freitags
- die Entwicklung von Kindertagesstätten zu wohnortnahen Zentren für Familien,
- eine familiengerechte Schule, die auch ein pädagogisches Konzept zur Betreuung und Förderung von Schulkindern nach der Schule hat, verbunden mit einem gesunden Mittagessen, einer Hausaufgabenhilfe und ausreichend Raum für Bewegung,

- verstärkte Förderangebote für schwächere und leistungsbeeinträchtigte Kinder, für Kinder aus Migrantenfamilien, aber auch begabte Schüler müssen stärker unterstützt, gefordert und gefördert werden
- die Ausweitung der Angebote der Integration Behinderteter an Regelschulen; Integration wo möglich, aber nicht als Zwang.

Weitere Anliegen werden wir aufnehmen:

- Wir wollen eine Bewegungsoffensive für Kinder und junge Menschen in enger Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Schulen und Einrichtungen starten, weil wir wissen, wie wichtig Bewegung für eine gesunde Zukunft unserer Kinder ist. Und wir wollen einige unserer Bäder zu echten Familienbädern umgestalten.
- Wir wollen eine Kultur für und mit allen, eine Kultur die Familien Teilhabe und Teilnahme ermöglicht, d.h. auch dort wo das Leben pulsiert, in Kindertagesstätten, Schulen, Kinder-, Jugendhäuser und Altenheimen. Besonders wichtig ist uns dabei die Kinderkultur.

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Die Aspekte Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind Fragen der Stadtentwicklung, Umweltpolitik, der Bildungschancen, der Organisation des sozialen Zusammenlebens und auch der Finanzen. Nur wenn es gelingt, die Schuldenbelastung zu reduzieren, können Spielräume für Investitionen in der Zukunft geschaffen werden. Dies ist eine Frage der Verantwortung für unsere Kinder. Es gibt einen Zielkonflikt zwischen kurzfristigen Interessen und der Gewinnung mittel- und langfristiger Spielräume. Dies muss durch eine »Stadtpolitik im Dialog« im Sinne einer »solidarischen Stadtgemeinschaft« ausgehandelt werden. Das wird nicht immer leicht sein und zu Konflikten führen.

Ein solches Verständnis von Politik muss nachfolgende Prämissen zu Grunde legen:

- Es muss eine deutliche Prioritätensetzung im dargestellten Sinne geben, nicht nur bei neuen Vorhaben, sondern auch bei den bestehenden städtischen Aufgaben und Leistungen;
- die aufgeführten Vorstellungen können nicht von heute auf morgen, sondern nur stufenweise umgesetzt werden;
- die Lasten der städtischen Leistungen müssen gerechter verteilt werden;
- die Verwaltungsmodernisierung braucht einen neuen Schub und muss noch effizienter und effektiver gestaltet werden, Doppelarbeit und Ressortdenken muss überwunden werden,
- die gesellschaftlichen Ressourcen von Familie, Nachbarschaft, Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement in Kirchengemeinden, Vereinen, Verbänden und Initiativen muss stärker eingebunden und gefördert werden.

Dr. Ulrich Maly

Oberbürgermeisterkandidat

Christine Limbacher

Sozialpolitische Sprecherin



Dr. Ulrich Maly,
Oberbürgermeisterkandidat

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - STADTRATSFRAKTION

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Es gibt sehr unterschiedliche Gründe, warum junge Familien vermehrt aufs Land ziehen, häufig liegt es an den schlechten Bedingungen für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet. Fehlende Grün- und Freispielflächen, zuwenig und oft nicht entsprechend ausgestattete Spielplätze, hohe Lärm- und Umweltbelastung durch Autoverkehr im Wohngebiet und nicht zuletzt zu teure Mieten für Familien lassen viele Familien aufs Land »fliehen«. Diesem Trend kann man am besten Entgegenwirken, wenn in der kommunalen Planung auf allen Ebenen die Bedürfnisse von Familien in den Mittelpunkt gestellt werden. Bei der Erstellung des neuen Flächennutzungsplan z. B. müssen mehr durchgängige Grünzüge mit Spiel- und Freizeitangeboten für Familien geschaffen werden. Bei der Verkehrsplanung muss die Verkehrsberuhigung und Begrünung z. B. durch Straßenbäume in Wohngebieten Vorrang vor dem Individualverkehr haben. Das Abgebot an qualifizierter Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei und über sechs Jahren sind ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Familienfreundlichkeit der Stadt Nürnberg. In der Wohnungspolitik ist günstiger Wohnraum für Familien mit Kindern und ältere Menschen sowohl im Geschosswohnungsbau wie auch in speziellen Wohnprojekten zu fördern um Familien das Leben in der Stadt attraktiv zu machen. Die Architektur von Geschosswohnungsbau muss unter Einbeziehung der Betroffenen und für deren Bedürfnisse geplant werden. Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. In all diesen Bereichen gibt es Nachholbedarf, damit Nürnberg familienfreundlicher wird. Diese Maßnahmen kosten allerdings auch Geld, dass dann für Großprojekte wie Frankenschnellweg oder Stadionausbau nicht zur Verfügung steht. Hier sind politische Prioritäten gefragt, die wir von Bündnis 90/ Die Grünen auch so setzen würden.

Frage 2 – Teilhabe

Der »strukturellen Rücksichtslosigkeit« gegenüber Familien kann die Kommune durch die Verbesserung der Infrastruktur wie oben beschrieben entgegen wirken. Konkrete Beteiligungen bei der Planung bzw. Sanierung in Stadtwohngebieten ist bereits gute Praxis in Nürnberg und sollte ausgebaut werden. Die Kinderversammlungen vor Bürgerversammlungen haben sich ebenfalls bewährt und sollten auf »Jugendversammlungen« ausgeweitet werden, um auch der Altersgruppe von 12 bis 18 Jahren die Möglichkeit der direkten Beteiligung zu geben. Demokratische Rechte und nicht nur »Beratung« durch SchülerInnen und Eltern an bayerischen Schulen wäre ein weiterer Schritt zur demokratischen Beteiligung von Familien. Demokratie beginnt vor Ort, im alltäglichen Lebensraum der Menschen. Weitere Strukturelle Maßnahmen müssen auf Bundesebene durchgesetzt und finanziert werden. Die Kindergelderhöhungen der Rot - Grünen Bundesregierung sind hier ein Schritt in die richtige Richtung. Anstatt eines »Familiengeldes« bevorzuge ich den steuerfinanzierten und damit für Familien kostengünstigen Ausbau der pädagogischen Betreuungsangeboten für Kinder bis 14 Jahren. Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist gesellschaftliche Aufgabe und sollte auch von ihr (mit) finanziert und nicht den Familien und Kommunen aufgebürdet werden. Wenn Kinder unsere Zukunft sind, müssen wir ihnen auch als Gesamtgesellschaft den Rahmen dafür zur Verfügung stellen. Es geht nicht an, dass in einem der reichsten Länder der Welt Kinder immer noch das Armutrisiko Nummer eins ist. Das ist Armutszeugnis dieser Gesellschaft. Die Umsetzung der »familiengerechten

Schule« ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, allerdings mit vielen »Haken«. Bildung ist Landesaufgabe und sollte daher auch vom Land finanziert werden. Die bayerische Staatsregierung muss von Kommunen und BürgerInnen unter Druck gesetzt werden, um diesen Aufgaben auch gerecht zu werden. Bis dahin wird der Stadt Nürnberg nichts anderes übrigbleiben, als sich auch hier finanziell zu beteiligen, wenn sie den Bedarf an Ganztagesbetreuung von Schulkindern bedarfsgerecht decken will. Mindestens eine weitere Ganztageschule für jeden Schultyp in Nürnberg wären das Ziel für die nächsten Stadtrat.

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Grundlage einer jeden Ausgabenpolitik muss die Verhältnismäßigkeit der Mittel sein. Ausgabedisziplin und sozialverträgliche Aufgabenkritik müssen die Schuldenlast in den nächsten Jahren deutlich reduzieren. Dabei darf es keine Denkverbote geben, auch städtische Beteiligungen z. B. an der Messe und am Flughafen müssen überprüft werden, bevor im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich Gelder gestrichen werden. Die Stadt kann nur das Geld ausgeben, das sie auch hat. Prestigeträchtige Großprojekte wie der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellweges, die Ostspange zum Flughafen oder der WM taugliche Ausbau des Frankenstadions sind schon aus finanziellen Gründen nicht machbar. Langfristig kann der Haushalt nur saniert werden, wenn auch Land und Bund sich an die Formel halten: »wer Anschafft zahlt«. Beim Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die verlässliche Halbtageschule müssen sich Bund und Land finanziell entsprechend beteiligen. Wenn die Kommunen neue Aufgaben übernehmen, müssen diese auch entsprechend finanziert werden. Das Gleiche gilt natürlich auch bei der Steuergesetzgebung. Solange dies allerdings noch nicht der Fall ist, muss die Stadt durch ihre Ausgabenpolitik dafür sorgen, dass die Rechnung am Ende nicht die kommenden Generationen zahlen müssen. Ein ausgewogener Haushalt ist die Grundlager einer soliden, verantwortlichen Zukunftspolitik die Handlungsspielräume auch für kommende Generationen schafft. Die derzeitige Finanzpolitik der schwarzen Mehrheit hinterlässt allerdings eine riesigen Schuldenberg, den neue Mehrheiten mit anderen Prioritäten aufarbeiten müssen.

Brigitte Wellhöfer
Fraktionsvorsitzende, OB Kandidatin



Brigitte Wellhöfer,
Fraktionsvorsitzende,
OB Kandidatin

FDP-KREISVERBAND NÜRNBERG



Utz W. Ulrich, Stadtrat

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Lebensraum Stadt Nürnberg:
Preiswertes Bauland für junge Familien, preiswerte Wohnungen auch für größere Familien, ein attraktiver Nahverkehr auch außerhalb der Hauptachsen und Hauptzeiten.

Frage 2 – Teilhabe

Nürnberg attraktiver und lebenswerter für Familien:
Notwendig sind kindgerechte Planungen, preiswertes Bauland, eine bunte und lebendige Stadt. Gute Kindergärten und Schulen, ein echtes (freiwilliges) Angebot an Ganztagschulen, Rücksicht bei Ämtern auf Familien mit Kindern (Planung, Öffnungszeiten, Angebote). Einwirken auf Einzelhandel und Gastronomie, damit Nürnberg das Prädikat »Kindgerechte Stadt« verdient.

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Kommunalpolitische Spielräume zur Umsetzung:
Ohne Rückgewinnung finanzieller Spielräume ist eine familiengerechte Politik zum Scheitern verurteilt. Daher (jeweils nach sorgfältiger Prüfung) Verkauf von Werten, die der Stadt wenig Einfluss und Nutzen bringen (z. B. Nürnberg-Messe, vielleicht Flughafenanteile), Aufgabe aller Dinge, die private Anbieter bei gleicher Leistung preiswerter machen können (z. B. Schwimmbäder, vgl. Stein), Ausbau des Verkaufens von Städtischen Einrichtungen, die anschließend zurück gemietet werden (Sale And lease back - denkbar bei Schulhäusern, manchen öffentlichen Gebäuden, Teilen des Nahverkehrssystems - gesichert sein muss Aufrechterhaltung des Standards und die Möglichkeit des Rückkaufs). Entwicklung und (verbilligter) Verkauf von Grundstücken in Wohngebieten.

Utz W. Ulrich
Stadtrat



DIE REPUBLIKANER-STADTVERBAND



Walter Beisig, Stadtrat

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Der Wanderverlust, gerade bei jungen Familien mit Kindern, ist u. a. ein wesentlicher Punkt, der in der Kommunalpolitik vernachlässigt wurde. Neben Umweltbelastungen ist ebenso das Wohnumfeld dafür verantwortlich. Die Gestaltung des Umfeldes, familienfreundlicher Wohnungsbau, sind im Einklang mit Verkehrspolitik, Schulwesen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Freizeit und Erholungsräumen zu bringen.

Des weiteren dürfte die Sicherheit der Kinder in der Schule, auf dem Schulweg und in der Anonymität der Großstadt und deren vielfältigen Gefahren eine wesentliche Rolle spielen. Hierbei wird nur beispielhaft die Drogenkriminalität oder Jugendbanden angeführt.

Frage 2 – Teilhabe

Nürnberg attraktiver und lebenswerter für Familien
Neben den klassischen Familien leben in Nürnberg überdies noch zirka 20.000 Alleinerziehende. Diese sind uneingeschränkt Familien gleich zu stellen.

Die realen Bedingungen zur Verbesserung für Familien können nur durch Untersuchungen der Bedürfnisse durch Befragung der Betroffenen und der bestehenden Familieneinrichtungen festgestellt werden.

Diese sind in Zusammenarbeit mit den Verbänden, Institutionen von der Kommune umzusetzen. Hierbei sind die Schwerpunkte im familienfreundlichen Wohnungsbau, Wohnungsumfeld, Gestaltung des Unterrichtsangebotes und der Unterrichtszeit in der Schule, Verkehrsverbindungen, Betreuung außerhalb der Schule mit der Arbeitswelt der Erziehungsberechtigten in Einklang zu bringen.

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Die Familie ist der Kern unserer Gesellschaft, Kinder die Zukunft. Deren Förderung, Schutz, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten muss oberste und ständige Priorität haben.

Der Stellenwert der Familien, die Lebensbedingungen vor Ort, gehen in der Kommunalpolitik und in das Bewusstsein der Verantwortlichen kaum ein. Oft werden finanzielle Gründe vorgeschoben. Offensichtlich werden dabei (wahlkampfgeeignete) Prestigeobjekte bevorzugt.

Es ist unverantwortlich einerseits für die nachkommenden Generationen keine oder wenig Mittel zur Verfügung zu stellen, dafür aber eine nicht zu tilgende Schuldenlast zu hinterlassen. Sparen ja, aber sinnvoll, insbesondere an den Nichtpflichtaufgaben einer Kommune. Eine der wichtigsten Pflichtaufgaben ist es aber, für Familien und Kinder zu sorgen.

Walter Beisig
Stadtrat

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Unterstützung eines vielfältigen Angebots an Kindereinrichtungen z. B. Kinderkrippen, Kindergärten und -läden, Waldkindergarten, spielzeugfreie Aktionen • Wir lehnen das neue Finanzierungsmodell der bayerischen Staatsregierung ab – dies würde das Ende der meisten Kinderläden bedeuten. • Naturnahe Grün- und Brachflächen in allen Stadtteilen • Kinder brauchen unreglementierte, nicht asphaltierte Freiräume zum Toben und Entdecken. • Viele kleine Erfahrungsfelder der Sinne in allen Stadtteilen • Viele »Rädda Barnen« in allen Stadtteilen • Überall gibt es Kinder die basteln, kochen, bauen, spielen, rennen, Verantwortung übernehmen oder einfach nichts – aber das zusammen – machen wollen – ohne gleich in einen Verein eintreten zu müssen. • Mehr Ganztagsangebote in Schulen und Kindergärten • Öffnung aller Schulhöfe und Gestaltung als Sport- und Spielfläche – Weg mit Pflaster und Asphalt • Vielfältige Angebote für alle Kinder und Jugendliche durch Öffnung der Schulen auch am Nachmittag und an Wochenenden statt der üblichen ständigen Chauffeurdienste für die Kinder deren Mütter einen Zweitwagen besitzen. • Keine Umwandlung von Sportplätzen • Der jetzigen Stadtrat hat z. B. beschlossen den Sportplatz der Siedlerschule in Zabo zu bebauen, weil die Stadt Geld für den Stadionausbau braucht. • Natur- bzw. Abenteuerplatz müssen entstehen und nicht halbiert werden, wie geschehen beim Naturspielplatz Siegfriedstraße. • Weg von der reinen Planerfüllung hin zu Qualität in Pädagogik und Planung • Attraktiver Geschosswohnungsbau im Stadtgebiet – statt Finanzierung immer neuer Straßen für die Stadtflucht • Beteiligung der Bürger und des Bündnisses für Familie bei allen Stadtplanungsmaßnahmen • Künftig sollte verhindert werden, dass weitere Schwimmbäder und Freizeitmöglichkeiten zugunsten immer neuer Einkaufszentren vernichtet werden, wie z. B. beim Abriss des Lindestadions und -bades.

Frage 2 – Teilhabe

Mittagessensmöglichkeiten in allen Kindereinrichtungen für Kinder und Eltern • Darüber hinaus wäre die Einrichtung von Stadteilkantinen und die Öffnung von Firmenkantinen und Uni-Mensen für alle sinnvoll.

Schulreformen:

- Flexibles Betreuungsangebot in Schulen, Kindergärten und -krippen von 7.30-17.00 h
- sinnvolle Förder- und Freizeitangebote – nicht bloße Kinderaufbewahrung wie bei der Mittagsbetreuung
- Weg vom starren 45-Minuten Unterrichtsprinzip in den Schulen – hin zu Projektarbeit und Mut zum Verlassen des Schulgebäudes.
- Freiarbeitsphasen für selbstbestimmtes Lernen
- In jeder Klasse 2 Erziehungspersonen anwesend

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Geld ausgeben ist immer eine Frage der Schwerpunkte, die man setzt. Die o. g. Ideen zur Stadtentwicklung führen zu einer Steigerung der Attraktivität Nürnbergs für Familien – dadurch flüchten weniger Familien ins Umland. Steuergelder bleiben erhalten. Es müssen weniger Straßen für Pendler gebaut und ständig repariert werden. Dadurch ist mehr Geld für weitere Verbesserung der Infrastruktur für Familien vorhanden.

Im Gesamtzusammenhang betrachtet, sind all diese Maßnahmen auch sozialpräventiv zu sehen. Jetzt wird viel Geld ausgegeben, um all die Folgeschäden der vergangenen und aktuellen familienfeindlichen Politik zu beheben. Maßnahmen, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, sparen letztendlich Geld für Sucht- und Kriminalitätsbekämpfung und dienen damit auch dem sozialen Frieden in der Stadt.

Stefan Grosse-Grollmann
Stadtrat

Helmuth Dietrich
Stadtratskandidat

Frage 1 – Lebensraum Stadt

Unsere Vision: Kinder sind die Zukunft- Wer sonst?

Deshalb wird

- in Zukunft bei der Planung und der Gestaltung von Straßen oder Stadtteilen nicht der Autoverkehr oder das X-te Einkaufszentrum im Vordergrund stehen, sondern die Familien und die Kinder. Es gibt genügend familienfreundliche und preiswerte Wohnungen, Grün- und Spielflächen sind in allen Straßen selbst für kleine Kinder gefahrlos zu erreichen.
- Der Individualverkehr mit dem Auto, und damit eine eklatante Umweltbelastung, reduziert sich die nächsten 10 Jahr sichtbar, weil es möglich ist, jeden Punkt unserer Stadt schnell, problemlos und auch preisgünstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.
- Die Frage: Haben Sie Kinder?, oder auch die Frage: Sind Sie Deutscher? wird es in unserer Stadt für Wohnungssuchende vonseiten der Vermieter nicht mehr geben. Im Gegenteil: Menschen, ganz gleich welcher Nationalität, sind willkommen. In jedem größeren Haus gibt es mindestens eine Wohnung, die besonders für Familien mit mehr Kindern geeignet sind.
- Auch das Sozialreferat unserer Stadt sieht sich nicht mehr gezwungen, wichtige Einrichtungen – wie z. B. die Gesundheitstreffs in den Wohngebieten - aus Spargründen zu streichen.

All das sind noch Visionen. Klar ist aber: Die Menschen, insbesondere junge Familien mit Kindern bleiben nur dann in unserer Stadt, wenn den Kindern die Zukunft gehört.

Frage 2 – Teilhabe

Weder unsere Kindertagesstätten noch die Schulen werden in unserer Stadt dem Bedarf an Ganztagsbetreuung auch nur annähernd gerecht. Kindertagesstätten sind leider vor allem Halbtagsbetreuungseinrichtungen und zu wenig Bildungsstätten. Bildung beginnt aber vor der Schule. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Gebühren für die Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorte und ihre Einordnung in ein bildungspolitisches Gesamtsystem.

Vor allem die Bereitstellung von Kinderkrippen (für unter 3-Jährige) und Kinderhorte (für Kinder von 6-12 Jahren) wurde aufgrund eines konservativen Familienbilds sträflichst vernachlässigt. In den nächsten 5 Jahren müssen in unserer Stadt 500 zusätzliche Kinderkrippenplätze und wenigstens 1.000 weitere Kinderhortplätze geschaffen werden.

Wir betrachten es als Skandal, dass die einzige Gesamtschule Bayerns, die Bert-Brecht-Schule, systematisch finanziell und pädagogisch ausgetrocknet wurde und es damit ein wertvolles Modell einer familiengerechten Schule weniger gibt.

Frage 3 – Nachhaltigkeit

Nachhaltig sind alle Finanzmittel, die in die Bildung und die dazu erforderlichen Einrichtungen investiert werden. Sie kommen auch der »Generationengerechtigkeit« am meisten entgegen. Je besser unsere Kinder heute ausgebildet werden, umso mehr Chancen haben sie morgen.

Den Städten und Gemeinden müssen insgesamt im Rahmen des Gesamtsteueraufkommens mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderung muss massiver als bisher gegenüber Bund und Ländern vertreten werden. Großprojekte wie der Ausbau des Franken-schnellwegs zur Autobahn oder auch ein weltmeisterschaftstaugliches Fußballstadion bluten die Stadt finanziell aus und nützen möglicherweise einer kleinen Lobby, nicht aber den Kindern und damit der Zukunft.

gez. Georg Neubauer

IMPRESSUM

Herausgeber:

Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Bündnis für Familie
Spitalgasse 22
90403 Nürnberg

Redaktion:

Reiner Pröllß,
Karin Behrens
Spitalgasse 22
90403 Nürnberg

Telefon: 0911/231-7356
Telefax: 0911/231-7355
bff@stadt.nuernberg.de
www.bff-nbg.de

Fotos:

Privataufnahmen

Herstellung:

Harald Hans Vogel

Auflage:

6 000 / Januar 2002
gedruckt auf Recyclingpapier



www.bff-nbg.de

